

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Klein (Göttingen), Frau Dr. Walz, Benz, Dr. von Geldern, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Hupka, Klein (München), Dr. Köhler (Wolfsburg), Lenzer, Krey, Metz, Dr. Pinger, Dr. Riesenhuber, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Stercken, Wohlrabe und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/2093 –

World Administration Radio Conference (WARC) 1979

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900-1 1073-2 – hat mit Schreiben vom 27. September 1978 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Zur Begründung

Sowohl die Begründung zu der Kleinen Anfrage als auch die einzelnen Fragen beinhalten einen Irrtum hinsichtlich der Aufgabenstellung der World Administration Radio Conference (WARC) 1979. Auf dieser Konferenz sollen die Frequenzbereiche für die einzelnen Funkdienste (z. B. die beweglichen Funkdienste) neu festgelegt werden. Pläne für die Benutzung einzelner Frequenzen durch bestimmte Nutzergruppen (z. B. Rundfunk) werden auf speziellen Planungskonferenzen erstellt.

1. Wie hat sich die Bundesregierung auf die im nächsten Jahr stattfindende World Administration Radio Conference (WARC) vorbereitet, bei der weltweit die Frequenzen für ein bis zwei Jahrzehnte zwischen den 153 Mitgliedern der Internationalen Fernmelde-Union (ITU) ausgehandelt und verteilt werden sollen?
 - a) Wie sehen diese Vorbereitungen aus, und wann wurde mit ihnen begonnen?
 - b) Welche Ministerien sind daran beteiligt?
 - c) Wie soll die deutsche WARC-Delegation zusammengesetzt sein?

- d) In welcher Weise wurden bisher bei den Vorbereitungen personell und materiell die Interessen der deutschen Elektronikindustrie berücksichtigt?

zu a)

Eine der wesentlichen Aufgaben der WARC 1979 ist die Revision der Verteilung von Frequenzbereichen auf die einzelnen Funkdienste, nicht die Zuteilung von Einzelfrequenzen. Bereits 1974 wurde auf fachlicher Ebene im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen mit Vorbereitungsarbeiten für diese Konferenz begonnen. Im Frühjahr 1977 hatten die Nutzergruppen des Funkfrequenzspektrums Gelegenheit, ihre Vorstellungen über die künftige Nutzung des Funkfrequenzspektrums in die Vorbereitungsarbeiten einzubringen. Neun Arbeitskreise arbeiteten zu Teilproblemen Lösungsvorschläge aus. Innerhalb dieser Vorbereitungen bildeten mögliche Änderungen der Frequenzbereichszuweisungen in der Vollzugsordnung für den Funkdienst der Internationalen Fernmeldeunion einen besonderen Schwerpunkt.

Außerdem beteiligt sich die Deutsche Bundespost an den Vorbereitungen auf internationaler Ebene insbesondere im Rahmen der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen (CEPT).

Unter Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung wurden auch Koordinierungsverhandlungen im Rahmen der NATO geführt.

zu b)

An den Konferenzvorbereitungen sind folgende Ressorts beteiligt: Das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien für Forschung und Technologie, des Innern, für Verkehr, der Verteidigung, für Wirtschaft sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

zu c)

Die Delegation wird von einem hohen Beamten des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen geleitet werden und sich aus Vertretern der Deutschen Bundespost sowie der an der fachlichen Vorbereitung der Konferenz beteiligten Bundesministerien, der Bundesländer, der Rundfunkanstalten und der Fachverbände zusammensetzen.

zu d)

Den Interessen der deutschen Elektronikindustrie wurde durch die Beteiligung des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie an den Vorbereitungsarbeiten Rechnung getragen.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Absicht, die zur Zeit gültige Frequenzverteilung, die seit längerem unbefriedigend geworden ist und den gegenwärtigen Ansprüchen nicht mehr genügt, da sie sowohl im Mittel- als auch im Kurz-

wellenbereich zu chaotischen Zuständen geführt hat, durch eine neue zu ersetzen, und welche allgemeinen Vorstellungen sind hierzu von den zuständigen und beteiligten Ressorts entwickelt worden?

Eine generelle Neuverteilung aufgrund der berechtigten Anforderungen der anderen betroffenen Funkdienste wird nicht möglich sein. Es werden nur Korrekturen an den derzeitigen Frequenzbereichs-Zuweisungen in Frage kommen.

3. Zu welchen konkreten Zwischenergebnissen ist sie – angesichts der Tatsache, daß die Frequenzansprüche der Internationalen Fernmelde-Union (ITU) bis Januar 1979 gemeldet und vorgelegt werden müssen – beim derzeitigen Stand der Vorbereitungen gekommen, und läßt sich inzwischen absehen, ob und welche Frequenzansprüche die Bundesregierung bei der WARC 1979 stellen wird?

Im April 1978 wurden allen an der Vorbereitung Beteiligten „Vorläufige Änderungsvorschläge der Bundesrepublik Deutschland zum Frequenzbereichs-Zuweisungsplan“ zur Stellungnahme übersandt. In Kürze werden die Änderungsvorschläge zu anderen Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst verteilt werden.

4. Welche Rolle werden nach der Auffassung der Bundesregierung bei dieser WARC 1979 die Probleme des Satellitenfunks spielen, und zu welchen Positionen ist sie in dieser Frage bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelangt?

Die Probleme des Satellitenfunks werden eine sehr wesentliche Rolle spielen. Die Forderungen der Betreiber von Satellitensystemen können nur erfüllt werden, wenn den terrestrischen Funkdiensten entsprechende Einschränkungen auferlegt werden. Es werden daher auch Ausweichmöglichkeiten für die Nutzung höherer Frequenzbereiche untersucht.

5. Sind außer Stellen der Bundesregierung auch andere Betroffene und/oder interessierte Gruppen an den Vorbereitungen dieser Konferenz beteiligt; um welche Interessenten handelt es sich dabei, und in welcher Weise findet diese Beteiligung statt?

Neben den bereits erwähnten Ressorts haben Vertreter der Bundesländer, der Rundfunkanstalten, des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, der Arbeitsgemeinschaft Betriebsfunk für Industrie- und Nahverkehr, des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie, der Deutschen Bundesbahn und des Deutschen Amateur-Radio-Clubs, damit Vertreter aller Funkdienste, in den Arbeitskreisen zur Vorbereitung der WARC mitgewirkt, soweit sie jeweils von den zu behandelnden Problemkreisen betroffen waren.

6. Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die deutsche Öffentlichkeit insgesamt, aber mehr noch die interessierte Öffentlichkeit bis jetzt nur wenig von diesen Vorbereitungen erfahren hat und über die mit der WARC 1979 verbundenen bedeutsamen und umfangreichen Veränderungen bisher überhaupt nicht informiert worden ist?

Nach Ausarbeitung erster Ergebnisse der Arbeitskreise hat die Deutsche Bundespost eine Pressemitteilung herausgegeben, die von der Fachpresse aufgegriffen wurde. Durch diese zum Teil eingehende Behandlung der Problematik wurde die interessierte Öffentlichkeit unterrichtet.

Damit auch die allgemeine Öffentlichkeit informiert wird, ist derzeit eine Informationsbroschüre in Druck, die in allgemeiner Form über die Vorbereitungen unterrichten soll.

7. Treffen die unserer nationalen Fernmeldebehörde – dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen – gegenüber erhobenen Vorwürfe zu, wonach Änderungswünsche oder Forderungen nach neuen und/oder anderen Sendediensten mit dem Hinweis auf „internationale Vereinbarungen“ bis jetzt generell abgelehnt worden sind, und warum wird – bejahendenfalls – so verfahren?

Die Vorwürfe treffen nicht zu.

8. Trifft es zu, daß in diesem Zusammenhang insbesondere alle Wünsche von privaten Gruppen nach Zuteilung von Sendefrequenzen zurückgewiesen wurden und werden?

Die Zuteilung von Sendefrequenzen ist nicht Aufgabe der WARC 1979.

9. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei der WARC 1979 den chaotischen und unbefriedigenden Zustand im MW- und KW-Bereich wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zumindest etwas zu mildern, und welchen Beitrag gedenkt sie selbst zur Lösung dieser Probleme zu leisten?

Es gehört auch nicht zu den Aufgaben der WARC 1979, Pläne für die Benutzung einzelner Frequenzen oder Frequenzbereiche zu erstellen. Dies ist Aufgabe spezieller Planungskonferenzen.

10. Wie werden von der Bundesregierung angesichts der komplizierten und schwierigen Ausgangslage die Positionen sowie die Verhandlungsbereitschaft der Staaten des Ostblocks und der Entwicklungsländer beurteilt?

Es werden allgemein sehr schwierige Verhandlungen erwartet. Zur Abschätzung der gegenseitigen Positionen waren Kontakte zwischen Vertretern der CEPT und der OSS, einer vergleichbaren Organisation östlicher Länder, sehr bedeutsam. Ähnliche Aussprachen mit Entwicklungsländern konnten noch nicht erreicht werden.

11. Welche Überlegungen, Vorstellungen und konkreten Pläne der Bundesregierung gibt es, die mit der raschen Entwicklung und Ausbreitung des CB-Funks (Jedermann-Sprechfunk im 11-m-Band) entstandenen Probleme national und international einer Lösung näherzubringen?

Fragen des CB-Funks (Sprechfunkanlagen kleiner Leistung) stehen nicht auf der Tagesordnung der WARC 1979, da es sich hierbei nicht um einen in der Vollzugsordnung für den Funkdienst ausgewiesenen Funkdienst handelt.